

Abgabenordnung: AO

Klein

15., völlig neubearbeitete Auflage 2020
ISBN 978-3-406-74362-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Klein
Abgabenordnung

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Abgabenordnung

einschließlich Steuerstrafrecht

Bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch
Rechtsanwältin

Prof. Dr. Markus Jäger
Richter am Bundesgerichtshof

Bernd Rätke
Vorsitzender Richter am Finanzgericht

Dr. Eckart Ratschow
Richter am Bundesfinanzhof

Reinhart Rüsken
Rechtsanwalt,
Richter am Bundesfinanzhof a. D.

Prof. Dr. Franceska Werth
Richterin am Bundesfinanzhof

Prof. Dr. Franz Klein †
Präsident des Bundesfinanzhof a. D.

Begründet von
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

15., völlig neubearbeitete Auflage 2020



Zitierweise:

Klein/Gersch AO § 1 Rz. 1
Klein/Jäger AO § 369 Rz. 1
Klein/Rätke AO § 16 Rz. 1
Klein/Ratschow AO § 37 Rz. 1
Klein/Rüsken AO § 30 Rz. 1
Klein/Werth AO § 241 Rz. 1



www.beck.de

ISBN 9783406743627

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmsstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 15. Auflage

Zwei Jahre nach dem Erscheinen der 14. Auflage freuen wir uns, nun die 15. Auflage vorzulegen und damit den bewährten Zwei-Jahres-Rhythmus für den „Klein“ einhalten zu können. Stand dieser Neuauflage ist der 15. April 2020. Wir haben daher auch die aktuellen BMF-Schreiben zur Corona-Krise in die Kommentierung eingearbeitet, die für das Erhebungs- und Vollstreckungsverfahren, das Gemeinnützigekeitsrecht und für die Abgabefristen ergangen sind. Dabei sollte aber schon hier im Vorwort nicht unerwähnt bleiben, dass es im Hinblick auf die Gewaltenteilung nicht unproblematisch ist, dass im steuerlichen Bereich bisher nur das BMF im Rahmen der Corona-Krise aktiv geworden ist, nicht aber der Gesetzgeber. Der „Klein“ wird die steuerliche Entwicklung im Bereich der Corona-Krise, die aktuell die Mehrheit der Unternehmen beeinträchtigt, auch in der Zukunft im Auge behalten und kritisch begleiten.

Unabhängig von der Corona-Krise gibt es in der Neuauflage zahlreiche Aktualisierungen, die wir in der Kommentierung vorgenommen haben. Hervorzuheben ist etwa das Gemeinnützigekeitsrecht, bei dem es um die Abgrenzung zwischen der Förderung der Allgemeinheit und der politischen Betätigung geht, wie das BFH-Urteil zu „attac“ zeigt. Weiterhin im Blickpunkt steht auch die Bekämpfung des Missbrauchs der Gemeinnützigekeitsregelungen, wenn gemeinnützige Körperschaften etwa vorrangig der steuerlichen Gestaltung dienen oder für andere, nicht gemeinnützige Ziele eingesetzt werden.

Vertieft wurden die Erläuterungen zum steuerlichen Datenschutz der §§ 29b f, 31c und 32a ff AO unter Berücksichtigung des Bundesdatenschutzgesetzes. Im Bereich der Buchführungsvorschriften sind die neuen GoBD vom 28.11.2019, die Übergangsfrist für die Einführung der zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung bei elektronischen Kassen und die umfangreiche Rechtsprechung zu den Anforderungen an eine ordnungsgemäße Buchführung in die Kommentierung eingeflossen. Vollständig überarbeitet wurden ferner die Änderungsvorschriften des § 174 Abs 4 und des § 175 AO.

Selbstverständlich wurden alle Gesetzesänderungen in dieser Neuauflage berücksichtigt und kommentiert. Während sich der Gesetzgeber zu Beginn unserer Bearbeitung eher zurückgehalten hatte, verabschiedete er zum Ende letzten Jahres zahlreiche Gesetze, die wir bei der Neuauflage berücksichtigt haben: So hat der Gesetzgeber im „Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften“, dem sog. Jahressteuergesetz 2019, die Organhaftung des § 73 AO geändert und damit auf die Rechtsprechung des BFH reagiert. Das „Dritte Bürokratieentlastungsgesetz“ erleichtert mit dem neuen § 147 Abs 6 Satz 6 AO den Unternehmen die Umstellung der elektronischen Buchführung, ohne gegen die Vorhalteplicht für die digitale Außenprüfung zu verstößen.

Keine inhaltliche Änderung verbunden ist mit den durch das „Zweite Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU“ eingeführten Änderungen der AO; diese sollen eine sprachliche Gleichstellung bewirken, indem die bisherige Formulierung „der Betroffene“ durch die Formulierung „die betroffene Person“ in zahlreichen Vorschriften der AO ersetzt worden ist. Ob diese Gleichstellung erforderlich gewesen ist und gegebenenfalls geglückt ist, mag der geneigte Leser für sich entscheiden.

Zu einer wesentlichen inhaltlichen Änderung ist es schließlich durch das „Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen“ gekommen: Allein das Lesen der neu eingeführten §§ 138d–138k AO fordert höchste Anstrengung – vom Verstehen der Neuregelungen ganz abgesehen.

Vorwort

Man darf insoweit von einem „Tiefpunkt der deutschen Steuergesetzgebung“ sprechen, wie dies in der Neukommentierung zu § 138d AO formuliert wird. Bedenklich ist hier die Tendenz des Gesetzgebers, den Angehörigen der steuerberatenden Berufe Melde- und Prüfpflichten zu übertragen, die sich mit dem Mandatsverhältnis nur schwer vereinbaren lassen, und eine Pflichtverletzung auch noch zu sanktionieren.

Auch im Erscheinungsbild des Kommentars hat sich etwas geändert, nämlich die Zitierweise: Bislang hatten wir die Rechtsprechungszitate so kurz wie nötig gehalten und auf Aktenzeichen und Datum verzichtet. In der Neuauflage haben wir die neu eingefügten Rechtsprechungszitate nun mit Aktenzeichen und Datum versehen; dies ermöglicht den Online-Nutzern eine eindeutige Verlinkung auf die entsprechende Fundstelle. Bei den Zitaten, die bereits in der Vorauflage enthalten waren, bleibt es hingegen noch bei der bisherigen Zitierweise, so dass diese weiterhin ohne Datum und Aktenzeichen aufgeführt werden. Die sich daraus ergebende Uneinheitlichkeit des Erscheinungsbilds wird künftig beseitigt werden; angesichts der Vielzahl der hierfür erforderlichen Anpassungen bei den Zitaten war dies aber in dieser Auflage noch nicht zu bewältigen.

Dass dieser Kommentar in der gewohnten Qualität erscheinen kann, liegt nicht zuletzt an der Lektorin Frau *Elisabeth Weber-Neumann*, die außergewöhnlich sorgfältig mitliest, koordiniert und auch motiviert. Wir möchten ihr ganz herzlich für Ihre hervorragende Arbeit danken.

An Sie, liebe Leser, haben wir zum Schluss noch eine Bitte: Sollten Sie auf einen Fehler stoßen oder Kritik und Anregungen äußern wollen, laden wir Sie freudig ein, Ihre Mitteilung an die E-Mail-Adresse Steuerrecht@beck.de zu richten. Vielen Dank im Voraus – und bleiben Sie gesund!

Im April 2020

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Autoren

Redaktioneller Hinweis:

Lücken bei den Randziffern bzw. gelegentliche Randziffersprünge sind bewusst gesetzt, damit notwendige Ergänzungen in späteren Auflagen nicht eine Änderung aller Randziffern der betreffenden Kommentierung erforderlich machen.

Vorwort zur 1. Auflage

Die erste grundlegende Änderung der RAO von 1919 durch die AO 1977 macht es notwendig, daß alle Erläuterungswerke zur AO völlig neu bearbeitet werden müssen. In der bei den Juristen bekannten Reihe Beck'scher Kurzberlauterungen der Gerichts- und Verwaltungsverfahrensordnungen wird mit der Kommentierung der AO eine wesentliche Lücke für den steuerberatenden Beruf geschlossen. Die Autoren waren bemüht, ein handliches Erläuterungswerk für den täglichen Gebrauch in der Praxis zu schaffen, das sich an Art und Systematik der vorliegenden bewährten Bände der Reihe orientiert.

Bei den Erläuterungen wurde die Begründung des Gesetzentwurfs (BT-Drucks. VI/1982) und der schriftliche Bericht (BT-Drucks. VII/4292) soweit wie möglich aufgenommen. Die gerichtlichen Entscheidungen sind so ausgewählt, daß möglichst nur jeweils die letzte oder die wichtigste zitiert wurde, über die dann der Benutzer zu den früheren Entscheidungen finden kann. Da die Erlasses, Richtlinien und allgemeinen Verwaltungsanweisungen noch einer umfassenden Überprüfung bedürfen, ob und inwieweit sie unter der Geltung der AO 1977 überarbeitet und neu erlassen werden sollen, haben es die Verfasser auf sich genommen, die in den Verwaltungsanweisungen etc. niedergelegten Rechtsgrundsätze auf ihre Vereinbarkeit mit der AO zu überprüfen und, soweit sie als fortgeltend anzusehen sind, bei den betreffenden Bestimmungen in die Erläuterungen eingearbeitet. Die zur Ergänzung der RAO erlassene Betreibungsordnung ist durch das Einführungsgesetz zur AO 1977 ausdrücklich aufgehoben worden. Eine neue Betreibungsordnung ist in Vorbereitung.

Der Einführungsverlaß zur AO 1977 wurde, soweit erforderlich, bei den einzelnen Paragraphen eingearbeitet und zum Teil im Wortlaut eingefügt.

Das ganze Werk ist von Grund auf neu erstellt und wird eventuell noch bestehende Verbesserungsmöglichkeiten gern in den weiteren Auflagen berücksichtigen. Die Bearbeitung entspricht dem Stande vom Februar 1977 und hat die in der Diskussion befindlichen Verwaltungsanordnungen soweit als möglich berücksichtigt.

Dem Verlag sind wir für die vortreffliche Betreuung und für viele Anregungen zu großem Dank verpflichtet.

Es haben bearbeitet die Paragraphen 1–3, 218–368 Ministerialdirektor Dr. Franz Klein, die Einführung sowie die Paragraphen 4–217 und 369–415 Ministerialrat Gerd Orlopp.

Bonn, im März 1977

Die Verfasser

Bearbeiterverzeichnis

Es wurden bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch

§§ 1–15, Vor 51–68

Prof. Dr. Markus Jäger

§§ 369–415

Bernd Rätké

§§ 16–29a, 78–117d, 134–154, Vor 347–368

Dr. Eckart Ratschow

§§ 37–49, 118–129, 179–190

Reinhart Rijsken

§§ 29b–36, 50, 69–77, 130–133, 155–178a, 191–240

Prof. Dr. Franceska Werth

Vor §§ 241–346



Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 15. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Bearbeiterverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis	XXI

Erster Teil Einleitende Vorschriften

Erster Abschnitt. Anwendungsbereich	2
§ 1 Anwendungsbereich	2
§ 2 Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen	6
§ 2a Anwendungsbereich der Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten	11
Zweiter Abschnitt. Steuerliche Begriffsbestimmungen	13
§ 3 Steuern, steuerliche Nebenleistungen	13
§ 4 Gesetz	24
§ 5 Ermessen	41
§ 6 Behörden, öffentliche und nicht-öffentliche Stellen, Finanzbehörden	49
§ 7 Amtsträger	53
§ 8 Wohnsitz	54
§ 9 Gewöhnlicher Aufenthalt	61
§ 10 Geschäftsleitung	63
§ 11 Sitz	64
§ 12 Betriebstätte	66
§ 13 Ständiger Vertreter	74
§ 14 Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	75
§ 15 Angehörige	84
Dritter Abschnitt. Zuständigkeit der Finanzbehörden	87
§ 16 Sachliche Zuständigkeit	87
§ 17 Örtliche Zuständigkeit	89
§ 18 Gesonderte Feststellungen	91
§ 19 Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen	96
§ 20 Steuern vom Einkommen und Vermögen der Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen	103
§ 20a Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen	104
§ 21 Umsatzsteuer	108
§ 22 Realsteuern	110
§ 22a Zuständigkeit auf dem Festlandsockel oder an der ausschließlichen Wirtschaftszone	111
§ 23 Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und Verbrauchsteuern	112
§ 24 Ersatzzuständigkeit	114
§ 25 Mehrfache örtliche Zuständigkeit	115
§ 26 Zuständigkeitswechsel	116
§ 27 Zuständigkeitsvereinbarung	121
§ 28 Zuständigkeitsstreit	124
§ 29 Gefahr im Verzug	125
§ 29a Unterstützung des örtlich zuständigen Finanzamts auf Anweisung der vorgesetzten Finanzbehörde	125

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

Vierter Abschnitt. Verarbeitung geschützter Daten und Steuiergeheimnis	126
§ 29b Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden	126
§ 29c Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu anderen Zwecken	133
§ 30 Steuergeheimnis	137
§ 30a [aufgehoben]	176
§ 31 Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen	176
§ 31a Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmisbrauchs	178
§ 31b Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	181
§ 31c Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu statistischen Zwecken	183
Fünfter Abschnitt. Haftungsbeschränkung für Amtsträger	185
§ 32 Haftungsbeschränkung für Amtsträger	185
Schuster Abschnitt. Rechte der betroffenen Person	188
§ 32a Informationspflicht der Finanzbehörde bei Erhebung personenbezogener Daten bei betroffenen Personen	188
§ 32b Informationspflicht der Finanzbehörde, wenn personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	190
§ 32c Auskunftsrecht der betroffenen Person	191
§ 32d Form der Information oder Auskunftserteilung	193
§ 32e Verhältnis zu anderen Auskunfts- und Informationszugangsansprüchen	194
§ 32f Recht auf Berichtigung und Löschung, Widerspruchsrecht	195
Siebter Abschnitt. Datenschutzaufsicht, Gerichtlicher Rechtsschutz in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten	196
§ 32g Datenschutzbeauftragte der Finanzbehörden	196
§ 32h Datenschutzrechtliche Aufsicht, Datenschutz-Folgenabschätzung	197
§ 32i Gerichtlicher Rechtsschutz	199
§ 32j Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission	201
 Zweiter Teil	
Steuerschuldrecht	
Erster Abschnitt. Steuerpflichtiger	203
§ 33 Steuerpflichtiger	203
§ 34 Pflichten der gesetzlichen Vertreter und der Vermögensverwalter	209
§ 35 Pflichten des Verfügungsberechtigten	215
§ 36 Erlöschen der Vertretungsmacht	219
Zweiter Abschnitt. Steuerschuldverhältnis	220
§ 37 Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	220
§ 38 Entstehung der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	240
§ 39 Zurechnung	247
§ 40 Gesetz- oder sittenwidriges Handeln	267
§ 41 Unwirksame Rechtsgeschäfte	270
§ 42 Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten	278
§ 43 Steuerschuldner, Steuervergütungsgläubiger	311
§ 44 Gesamtschuldner	313

Inhaltsverzeichnis**Inhalt**

§ 45	Gesamtrechtsnachfolge	318
§ 46	Abtretung, Verpfändung, Pfändung	323
§ 47	Erlöschen	333
§ 48	Leistung durch Dritte, Haftung Dritter	336
§ 49	Verschollenheit	337
§ 50	Erlöschen und Unbedingtwerden der Verbrauchsteuer, Übergang der bedingten Verbrauchsteuerschuld	338
Dritter Abschnitt. Steuerbegünstigte Zwecke		339
Vor § 51	339
§ 51	Allgemeines	344
§ 52	Gemeinnützige Zwecke	353
§ 53	Mildtätige Zwecke	373
§ 54	Kirchliche Zwecke	377
§ 55	Selbstlosigkeit	379
§ 56	Ausschließlichkeit	392
§ 57	Unmittelbarkeit	394
§ 58	Steuerlich unschädliche Betätigungen	397
§ 59	Voraussetzung der Steuervergünstigung	405
§ 60	Anforderungen an die Satzung	408
§ 60a	Feststellung der satzungsmäßigen Voraussetzungen	411
§ 61	Satzungsmäßige Vermögensbindung	414
§ 62	Rücklagen und Vermögensbindung	417
§ 63	Anforderungen an die tatsächliche Geschäftsführung	424
§ 64	Steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	430
§ 65	Zweckbetrieb	436
§ 66	Wohlfahrtspflege	441
§ 67	Krankenhäuser	445
§ 67a	Sportliche Veranstaltungen	447
§ 68	Einzelne Zweckbetriebe	455
Vierter Abschnitt. Haftung		462
§ 69	Haftung der Vertreter	462
§ 70	Haftung des Vertretenen	491
§ 71	Haftung des Steuerhinterziehers und des Steuerhehlers	494
§ 72	Haftung bei Verletzung der Pflicht zur Kontenwahrheit	499
§ 72a	Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden	501
§ 73	Haftung bei Organschaft	502
§ 74	Haftung des Eigentümers von Gegenständen	505
§ 75	Haftung des Betriebsübernehmers	509
§ 76	Sachhaftung	516
§ 77	Duldungspflicht	519

**Dritter Teil
Allgemeine Verfahrensvorschriften**

Erster Abschnitt. Verfahrensgrundsätze		521
1.	Unterabschnitt. Beteiligung am Verfahren	521
§ 78	Beteiligte	521
§ 79	Handlungsfähigkeit	523
§ 80	Bevollmächtigte und Beistände	526
§ 80a	Elektronische Übermittlung von Vollmachtsdaten an Landesfinanzbehörden	540
§ 81	Bestellung eines Vertreters von Amts wegen	543

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

2. Unterabschnitt. Ausschließung und Ablehnung von Amtsträgern und anderen Personen	545
§ 82 Ausgeschlossene Personen	545
§ 83 Besorgnis der Befangenheit	546
§ 84 Ablehnung von Mitgliedern eines Ausschusses	547
3. Unterabschnitt. Besteuerungsgrundsätze, Beweismittel	548
I. Allgemeines	548
§ 85 Besteuerungsgrundsätze	548
§ 86 Beginn des Verfahrens	553
§ 87 Amtssprache	554
§ 87a Elektronische Kommunikation	555
§ 87b Bedingungen für die elektronische Übermittlung von Daten an Finanzbehörden	563
§ 87c Nicht amtliche Datenverarbeitungsprogramme für das Besteuerungsverfahren	564
§ 87d Datenübermittlungen an Finanzbehörden im Auftrag	565
§ 87e Ausnahmeregelung für Einfuhr- und Ausfuhrabgaben, Verbrauchsteuern und die Luftverkehrsteuer	567
§ 88 Untersuchungsgrundsatz	568
§ 88a Sammlung von geschützten Daten	583
§ 88b Länderübergreifender Abruf und Verwendung von Daten zur Verhütung, Ermittlung und Verfolgung von Steuerverkürzungen	584
§ 89 Beratung, Auskunft	585
§ 90 Mitwirkungspflichten der Beteiligten	602
§ 91 Anhörung Beteiliger	616
§ 92 Beweismittel	622
II. Beweis durch Auskünfte und Sachverständigengutachten	625
§ 93 Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen	625
§ 93a Allgemeine Mitteilungspflichten	643
§ 93b Automatisierter Abruf von Kontoinformationen	646
§ 93c Datenübermittlung durch Dritte	649
§ 93d Verordnungsermächtigung	655
§ 94 Eidliche Vernehmung	656
§ 95 Versicherung an Eides statt	658
§ 96 Hinzuziehung von Sachverständigen	660
III. Beweis durch Urkunden und Augenschein	663
§ 97 Vorlage von Urkunden	663
§ 98 Einnahme des Augenscheins	666
§ 99 Betreten von Grundstücken und Räumen	667
§ 100 Vorlage von Wertsachen	670
IV. Auskunfts- und Vorlageverweigerungsrechte	670
§ 101 Auskunfts- und Eidesverweigerungsrecht der Angehörigen	670
§ 102 Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse	672
§ 103 Auskunftsverweigerungsrecht bei Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit	677
§ 104 Verweigerung der Erstattung eines Gutachtens und der Vorlage von Urkunden	680
§ 105 Verhältnis der Auskunfts- und Vorlagepflicht zur Schweigepflicht öffentlicher Stellen	683
§ 106 Beschränkung der Auskunfts- und Vorlagepflicht bei Beeinträchtigung des staatlichen Wohls	684
V. Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	685

Inhaltsverzeichnis**Inhalt**

§ 107 Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	685
4. Unterabschnitt. Fristen, Termine, Wiedereinsetzung	687
§ 108 Fristen und Termine	687
§ 109 Verlängerung von Fristen	692
§ 110 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	695
5. Unterabschnitt. Rechts- und Amtshilfe	719
§ 111 Amtshilfepflicht	719
§ 112 Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	722
§ 113 Auswahl der Behörde	724
§ 114 Durchführung der Amtshilfe	725
§ 115 Kosten der Amtshilfe	725
§ 116 Anzeige von Steuerstrafaten	726
§ 117 Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen	727
§ 117a Übermittlung personenbezogener Daten an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	778
§ 117b Verwendung von den nach dem Rahmenbeschluss 2006/960/JI des Rates übermittelten Daten	783
§ 117c Umsetzung innerstaatlich anwendbarer völkerrechtlicher Vereinbarungen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten	784
§ 117d Statistiken über die zwischenstaatliche Amts- und Rechtshilfe	788
Zweiter Abschnitt. Verwaltungsakte	789
§ 118 Begriff des Verwaltungsakts	789
§ 119 Bestimmtheit und Form des Verwaltungsakts	803
§ 120 Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	816
§ 121 Begründung des Verwaltungsakts	819
§ 122 Bekanntgabe des Verwaltungsakts	823
§ 122a Bekanntgabe von Verwaltungsakten durch Bereitstellung zum Datenabruf	850
§ 123 Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten	852
§ 124 Wirksamkeit des Verwaltungsakts	853
§ 125 Nichtigkeit des Verwaltungsakts	856
§ 126 Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	861
§ 127 Folgen von Verfahrens- und Formfehlern	865
§ 128 Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsakts	868
§ 129 Offenbare Unrichtigkeiten beim Erlass eines Verwaltungsakts	871
§ 130 Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts	883
§ 131 Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsakts	894
§ 132 Rücknahme, Widerruf, Aufhebung und Änderung im Rechtsbehelfsverfahren	898
§ 133 Rückgabe von Urkunden und Sachen	899

**Vierter Teil
Durchführung der Besteuerung**

Erster Abschnitt. Erfassung der Steuerpflichtigen	901
1. Unterabschnitt. Personenstands- und Betriebsaufnahme	901
§ 134 bis § 136 [aufgehoben]	901
2. Unterabschnitt. Anzeigepflichten	901
§ 137 Steuerliche Erfassung von Körperschaften, Vereinigungen und Vermögensmassen	901
§ 138 Anzeigen über die Erwerbstätigkeit	901
§ 138a Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen	911

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 138b Mitteilungspflicht Dritter über Beziehungen inländischer Steuerpflichtiger zu Drittstaat-Gesellschaften	919
§ 138c Verordnungsermächtigung	923
§ 138d Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	924
§ 138e Kennzeichen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	934
§ 138f Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Intermediäre	944
§ 138g Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Nutzer	952
§ 138h Mitteilungen bei marktfähigen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	954
§ 138i Informationen der Landesfinanzbehörden	955
§ 138j Auswertung der Mitteilungen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	955
§ 138k Angabe der grenzüberschreitenden Steuergestaltung in der Steuererklärung	956
§ 139 Anmeldung von Betrieben in besonderen Fällen	957
3. Unterabschnitt. Identifikationsmerkmal	958
§ 139a Identifikationsmerkmal	958
§ 139b Identifikationsnummer	959
§ 139c Wirtschafts-Identifikationsnummer	966
§ 139d Verordnungsermächtigung	971
Zweiter Abschnitt. Mitwirkungspflichten	972
1. Unterabschnitt. Führung von Büchern und Aufzeichnungen	972
§ 140 Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten nach anderen Gesetzen ...	972
§ 141 Buchführungspflicht bestimmter Steuerpflichtiger	977
§ 142 Ergänzende Vorschriften für Land- und Forstwirte	983
§ 143 Aufzeichnung des Wareneingangs	984
§ 144 Aufzeichnung des Warenausgangs	985
§ 145 Allgemeine Anforderungen an Buchführung und Aufzeichnungen	988
§ 146 Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen	992
§ 146a Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen mittels elektronischer Aufzeichnungssysteme; Verordnungsermächtigung	1023
§ 146b Kassen-Nachschauf	1034
§ 147 Ordnungsvorschriften für die Aufbewahrung von Unterlagen	1038
§ 147a Vorschriften für die Aufbewahrung von Aufzeichnungen und Unterlagen bestimmter Steuerpflichtiger	1058
§ 148 Bewilligung von Erleichterungen	1068
2. Unterabschnitt. Steuererklärungen	1069
§ 149 Abgabe der Steuererklärungen	1069
§ 150 Form und Inhalt der Steuererklärungen	1079
§ 151 Aufnahme der Steuererklärung an Amtsstelle	1093
§ 152 Verspätungszuschlag	1094
§ 153 Berichtigung von Erklärungen	1111
3. Unterabschnitt. Kontenwahrheit	1118
§ 154 Kontenwahrheit	1118
Dritter Abschnitt. Festsetzungs- und Feststellungsverfahren	1126
1. Unterabschnitt. Steuerfestsetzung	1126
I. Allgemeine Vorschriften	1126
§ 155 Steuerfestsetzung	1126

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

§ 156 Absehen von Steuerfestsetzung	1142
§ 157 Form und Inhalt der Steuerbescheide	1143
§ 158 Beweiskraft der Buchführung	1149
§ 159 Nachweis der Treuhänderschaft	1151
§ 160 Benennung von Gläubigern und Zahlungsempfängern	1154
§ 161 Fehlmengen bei Bestandsaufnahmen	1160
§ 162 Schätzung von Besteuerungsgrundlagen	1162
§ 163 Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen	1180
§ 164 Steuerfestsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung	1202
§ 165 Vorläufige Steuerfestsetzung, Aussetzung der Steuerfestsetzung	1214
§ 166 Drittirkung der Steuerfestsetzung	1229
§ 167 Steueranmeldung, Verwendung von Steuerzeichen oder Steuerstemplern	1232
§ 168 Wirkung einer Steueranmeldung	1236
II. Festsetzungsverjährung	1239
§ 169 Festsetzungsfrist	1239
§ 170 Beginn der Festsetzungsfrist	1249
§ 171 Ablaufhemmung	1259
III. Bestandskraft	1287
§ 172 Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1287
§ 173 Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden wegen neuer Tatsachen oder Beweismittel	1302
§ 173a Schreib- oder Rechenfehler bei Erstellung einer Steuererklärung	1330
§ 174 Widerstreitende Steuerfestsetzungen	1332
§ 175 Änderung von Steuerbescheiden auf Grund von Grundlagenbescheiden und bei rückwirkenden Ereignissen	1350
§ 175a Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen	1371
§ 175b Änderung von Steuerbescheiden bei Datenübermittlung durch Dritte	1371
§ 176 Vertrauenschutz bei der Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1373
§ 177 Berichtigung von materiellen Fehlern	1380
IV. Kosten	1384
§ 178 Kosten bei besonderer Inanspruchnahme der Zollbehörden	1384
§ 178a Kosten bei besonderer Inanspruchnahme der Finanzbehörden	1386
2. Unterabschnitt. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Festsetzung von Steuermessbeträgen	1388
I. Gesonderte Feststellungen	1388
§ 179 Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1388
§ 180 Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1399
§ 181 Verfahrensvorschriften für die gesonderte Feststellung, Feststellungsfrist, Erklärungspflicht	1419
§ 182 Wirkungen der gesonderten Feststellung	1428
§ 183 Empfangsbevollmächtigte bei der einheitlichen Feststellung	1436
II. Festsetzung von Steuermessbeträgen	1444
§ 184 Festsetzung von Steuermessbeträgen	1444
3. Unterabschnitt. Zerlegung und Zuteilung	1448
§ 185 Geltung der allgemeinen Vorschriften	1448
§ 186 Beteiligte	1449
§ 187 Akteureinsicht	1450
§ 188 Zerlegungsbescheid	1450
§ 189 Änderung der Zerlegung	1451

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 190 Zuteilungsverfahren	1452
4. Unterabschnitt. Haftung	1452
§ 191 Haftungsbescheide, Duldungsbescheide	1452
§ 192 Vertragliche Haftung	1482
Vierter Abschnitt. Außenprüfung	1483
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	1483
§ 193 Zulässigkeit einer Außenprüfung	1483
§ 194 Sachlicher Umfang einer Außenprüfung	1493
§ 195 Zuständigkeit	1504
§ 196 Prüfungsanordnung	1508
§ 197 Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	1516
§ 198 Ausweispflicht, Beginn der Außenprüfung	1521
§ 199 Prüfungsgrundsätze	1521
§ 200 Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	1522
§ 201 Schlussbesprechung	1527
§ 202 Inhalt und Bekanntgabe des Prüfungsberichts	1528
§ 203 Abgekürzte Außenprüfung	1530
§ 203a Außenprüfung bei Datenübermittlung durch Dritte	1531
2. Unterabschnitt. Verbindliche Zusagen auf Grund einer Außenprüfung	1532
§ 204 Voraussetzung der verbindlichen Zusage	1532
§ 205 Form der verbindlichen Zusage	1538
§ 206 Bindungswirkung	1539
§ 207 Außerkrafttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage	1540
Fünfter Abschnitt. Steuerfahndung (Zollfahndung)	1541
§ 208 Steuerfahndung (Zollfahndung)	1541
Sechster Abschnitt. Steueraufsicht in besonderen Fällen	1557
§ 209 Gegenstand der Steueraufsicht	1557
§ 210 Befugnisse der Finanzbehörde	1558
§ 211 Pflichten der betroffenen Person	1562
§ 212 Durchführungsvorschriften	1562
§ 213 Besondere Aufsichtsmaßnahmen	1563
§ 214 Beauftragte	1564
§ 215 Sicherstellung im Aufsichtsweg	1565
§ 216 Überführung in das Eigentum des Bundes	1567
§ 217 Steuerhilfspersonen	1568

Fünfter Teil Erhebungsverfahren

Erster Abschnitt. Verwirklichung, Fälligkeit und Erlöschen von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1571
1. Unterabschnitt. Verwirklichung und Fälligkeit von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1571
§ 218 Verwirklichung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1571
§ 219 Zahlungsaufforderung bei Haftungsbescheiden	1583
§ 220 Fälligkeit	1585
§ 221 Abweichende Fälligkeitsbestimmung	1588
§ 222 Stundung	1589
§ 223 [aufgehoben]	1596

Inhaltsverzeichnis**Inhalt**

2. Unterabschnitt. Zahlung, Aufrechnung, Erlass	1596
§ 224 Leistungsort, Tag der Zahlung	1596
§ 224a Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungen statt	1599
§ 225 Reihenfolge der Tilgung	1600
§ 226 Aufrechnung	1602
§ 227 Erlass	1622
3. Unterabschnitt. Zahlungsverjährung	1630
§ 228 Gegenstand der Verjährung, Verjährungsfrist	1630
§ 229 Beginn der Verjährung	1632
§ 230 Hemmung der Verjährung	1634
§ 231 Unterbrechung der Verjährung	1634
§ 232 Wirkung der Verjährung	1640
Zweiter Abschnitt. Verzinsung, Säumniszuschläge	1641
1. Unterabschnitt. Verzinsung	1641
§ 233 Grundsatz	1641
§ 233a Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen	1643
§ 234 Stundungszinsen	1656
§ 235 Verzinsung von hinterzogenen Steuern	1660
§ 236 Prozesszinsen auf Erstattungsbeträge	1665
§ 237 Zinsen bei Aussetzung der Vollziehung	1671
§ 238 Höhe und Berechnung der Zinsen	1676
§ 239 Festsetzung der Zinsen	1677
2. Unterabschnitt. Säumniszuschläge	1681
§ 240 Säumniszuschläge	1681
Dritter Abschnitt. Sicherheitsleistung	1691
<i>Vor §§ 241ff.</i>	1691
§ 241 Art der Sicherheitsleistung	1692
§ 242 Wirkung der Hinterlegung von Zahlungsmitteln	1696
§ 243 Verpfändung von Wertpapieren	1696
§ 244 Taugliche Steuerbürgen	1697
§ 245 Sicherheitsleistung durch andere Werte	1698
§ 246 Annahmewerte	1699
§ 247 Austausch von Sicherheiten	1700
§ 248 Nachschusspflicht	1700

**Sechster Teil
Vollstreckung**

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften	1701
<i>Vor § 249</i>	1701
§ 249 Vollstreckungsbehörden	1702
§ 250 Vollstreckungsersuchen	1705
§ 251 Vollstreckbare Verwaltungsakte	1707
§ 252 Vollstreckungsgläubiger	1719
§ 253 Vollstreckungsschuldner	1719
§ 254 Voraussetzungen für den Beginn der Vollstreckung	1719
§ 255 Vollstreckung gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts	1722
§ 256 Einwendungen gegen die Vollstreckung	1723
§ 257 Einstellung und Beschränkung der Vollstreckung	1724
§ 258 Einstweilige Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung	1726

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

Zweiter Abschnitt. Vollstreckung wegen Geldforderungen	1730
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	1730
§ 259 Mahnung	1730
§ 260 Angabe des Schuldgrundes	1730
§ 261 Niederschlagung	1731
§ 262 Rechte Dritter	1733
§ 263 Vollstreckung gegen Ehegatten oder Lebenspartner	1739
§ 264 Vollstreckung gegen Nießbraucher	1744
§ 265 Vollstreckung gegen Erben	1744
§ 266 Sonstige Fälle beschränkter Haftung	1749
§ 267 Vollstreckungsverfahren gegen nicht rechtsfähige Personenvereinigungen	1751
2. Unterabschnitt. Aufteilung einer Gesamtschuld	1752
Vor §§ 268ff.	1752
§ 268 Grundsatz	1752
§ 269 Antrag	1753
§ 270 Allgemeiner Aufteilungsmaßstab	1755
§ 271 Aufteilungsmaßstab für die Vermögensteuer	1756
§ 272 Aufteilungsmaßstab für Vorauszahlungen	1756
§ 273 Aufteilungsmaßstab für Steuernachforderungen	1757
§ 274 Besonderer Aufteilungsmaßstab	1758
§ 275 [aufgehoben]	1758
§ 276 Rückständige Steuer, Einleitung der Vollstreckung	1758
§ 277 Vollstreckung	1760
§ 278 Beschränkung der Vollstreckung	1761
§ 279 Form und Inhalt des Aufteilungsbescheids	1763
§ 280 Änderung des Aufteilungsbescheids	1764
3. Unterabschnitt. Vollstreckung in das bewegliche Vermögen	1766
I. Allgemeines	1766
§ 281 Pfändung	1766
§ 282 Wirkung der Pfändung	1767
§ 283 Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen	1768
§ 284 Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners	1769
II. Vollstreckung in Sachen	1781
§ 285 Vollziehungsbeamte	1781
§ 286 Vollstreckung in Sachen	1782
§ 287 Befugnisse des Vollziehungsbeamten	1784
§ 288 Zuziehung von Zeugen	1788
§ 289 Zeit der Vollstreckung	1789
§ 290 Aufforderungen und Mitteilungen des Vollziehungsbeamten	1790
§ 291 Niederschrift	1790
§ 292 Abwendung der Pfändung	1791
§ 293 Pfand- und Vorzugsrechte Dritter	1792
§ 294 Ungetrennte Früchte	1793
§ 295 Unpfändbarkeit von Sachen	1795
§ 296 Verwertung	1798
§ 297 Aussetzung der Verwertung	1799
§ 298 Versteigerung	1800
§ 299 Zuschlag	1801
§ 300 Mindestgebot	1803
§ 301 Einstellung der Versteigerung	1804
§ 302 Wertpapiere	1804
§ 303 Namenspapiere	1805

Inhaltsverzeichnis**Inhalt**

§ 304 Versteigerung ungetrennter Früchte	1806
§ 305 Besondere Verwertung	1806
§ 306 Vollstreckung in Ersatzteile von Luftfahrzeugen	1807
§ 307 Anschlusspfändung	1807
§ 308 Verwertung bei mehrfacher Pfändung	1808
III. Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte	1811
§ 309 Pfändung einer Geldforderung	1811
§ 310 Pfändung einer durch Hypothek gesicherten Forderung	1819
§ 311 Pfändung einer durch Schiffshypothek oder Registerpfandrecht an einem Luftfahrzeug gesicherten Forderung	1821
§ 312 Pfändung einer Forderung aus indossablen Papieren	1822
§ 313 Pfändung fortlaufender Bezüge	1823
§ 314 Einziehungsverfügung	1823
§ 315 Wirkung der Einziehungsverfügung	1826
§ 316 Erklärungspflicht des Drittschuldners	1827
§ 317 Andere Art der Verwertung	1829
§ 318 Ansprüche auf Herausgabe oder Leistung von Sachen	1830
§ 319 Unpfändbarkeit von Forderungen	1832
§ 320 Mehrfache Pfändung einer Forderung	1847
§ 321 Vollstreckung in andere Vermögensrechte	1850
4. Unterabschnitt. Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	1853
§ 322 Verfahren	1853
§ 323 Vollstreckung gegen den Rechtsnachfolger	1858
5. Unterabschnitt. Arrest	1859
§ 324 Dinglicher Arrest	1859
§ 325 Aufhebung des dinglichen Arrestes	1866
§ 326 Persönlicher Sicherheitsarrest	1866
6. Unterabschnitt. Verwertung von Sicherheiten	1868
§ 327 Verwertung von Sicherheiten	1868
Dritter Abschnitt. Vollstreckung wegen anderer Leistungen als Geldforderungen	1869
1. Unterabschnitt. Vollstreckung wegen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen	1869
Vor § 328	1869
§ 328 Zwangsmittel	1870
§ 329 Zwangsgeld	1872
§ 330 Ersatzvornahme	1873
§ 331 Unmittelbarer Zwang	1873
§ 332 Androhung der Zwangsmittel	1874
§ 333 Festsetzung der Zwangsmittel	1875
§ 334 Ersatzzwangshaft	1876
§ 335 Beendigung des Zwangsverfahrens	1877
2. Unterabschnitt. Erzwingung von Sicherheiten	1878
§ 336 Erzwingung von Sicherheiten	1878
Vierter Abschnitt. Kosten	1878
§ 337 Kosten der Vollstreckung	1878
§ 338 Gebührenarten	1879
§ 339 Pfändungsgebühr	1879
§ 340 Wegnahmegerühr	1880
§ 341 Verwertungsgebühr	1881
§ 342 Mehrheit von Schuldern	1882
§ 343 [weggefallen]	1882

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 344 Auslagen	1883
§ 345 Reisekosten und Aufwandsentschädigungen	1884
§ 346 Unrichtige Sachbehandlung, Festsetzungsfrist	1884

Siebenter Teil Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren

Vor §§ 347ff.	1887
---------------------	------

Erster Abschnitt. Zulässigkeit

§ 347 Statthaftigkeit des Einspruchs	1889
§ 348 Ausschluss des Einspruchs	1895
§ 349 [weggefallen]	1897
§ 350 Beschwer	1897
§ 351 Bindungswirkung anderer Verwaltungsakte	1905
§ 352 Einspruchsbefugnis bei der einheitlichen Feststellung	1911
§ 353 Einspruchsbefugnis des Rechtsnachfolgers	1918
§ 354 Einspruchsverzicht	1919

Zweiter Abschnitt. Verfahrensvorschriften

§ 355 Einspruchsfrist	1921
§ 356 Rechtsbehelfsbelehrung	1925
§ 357 Einlegung des Einspruchs	1928
§ 358 Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	1933
§ 359 Beteiligte	1934
§ 360 Hinzuziehung zum Verfahren	1935
§ 361 Aussetzung der Vollziehung	1943
§ 362 Rücknahme des Einspruchs	1961
§ 363 Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	1963
§ 364 Mitteilung der Besteuerungsunterlagen	1971
§ 364a Erörterung des Sach- und Rechtsstands	1971
§ 364b Fristsetzung	1974
§ 365 Anwendung von Verfahrensvorschriften	1978
§ 366 Form, Inhalt und Bekanntgabe der Einspruchentscheidung	1981
§ 367 Entscheidung über den Einspruch	1984
§ 368 [weggefallen]	1994

Achter Teil Straf- und Bußgeldvorschriften, Straf- und Bußgeldverfahren

Erster Abschnitt. Strafvorschriften

Vor §§ 369ff.	1995
§ 369 Steuerstraftaten	1995
§ 370 Steuerhinterziehung	1997
§ 370a [aufgehoben]	2109
§ 371 Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	2109
§ 372 Bannbruch	2144
§ 373 Gewerbsmäßiger, gewaltamer und bandenmäßiger Schniggel	2147
§ 374 Steuerhöhlelei	2157
§ 375 Nebenfolgen	2167
§ 376 Verfolgungsverjährung	2171

Zweiter Abschnitt. Bußgeldvorschriften

§ 377 Steuerordnungswidrigkeiten	2182
--	------

Inhaltsverzeichnis**Inhalt**

§ 378 Leichtfertige Steuerverkürzung	2186
§ 379 Steuergefährdung	2194
§ 380 Gefährdung der Abzugsteuern	2201
§ 381 Verbrauchsteuergefährdung	2203
§ 382 Gefährdung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben	2205
§ 383 Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungs- ansprüchen	2209
§ 383a [aufgehoben]	2210
§ 383b Pflichtverletzung bei Übermittlung von Vollmachtsdaten	2210
§ 384 Verfolgungsverjährung	2210
§ 384a Verstöße nach Artikel 83 Absatz 4 bis 6 der Verordnung (EU) 2016/679	2213

Dritter Abschnitt. Strafverfahren 2214

1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	2214
§ 385 Geltung von Verfahrensvorschriften	2214
§ 386 Zuständigkeit der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten	2222
§ 387 Sachlich zuständige Finanzbehörde	2226
§ 388 Ortlich zuständige Finanzbehörde	2228
§ 389 Zusammenhängende Strafsachen	2229
§ 390 Mehrfache Zuständigkeit	2229
§ 391 Zuständiges Gericht	2230
§ 392 Verteidigung	2233
§ 393 Verhältnis des Strafverfahrens zum Besteuerungsverfahren	2238
§ 394 Übergang des Eigentums	2254
§ 395 Akteneinsicht der Finanzbehörde	2257
§ 396 Aussetzung des Verfahrens	2257
2. Unterabschnitt. Ermittlungsverfahren	2261
I. Allgemeines	2261
§ 397 Einleitung des Strafverfahrens	2261
§ 398 Einstellung wegen Geringfügigkeit	2266
§ 398a Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen	2268
II. Verfahren der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten	2277
§ 399 Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2277
§ 400 Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	2303
§ 401 Antrag auf Anordnung von Nebenfolgen im selbständigen Verfahren ..	2306
III. Stellung der Finanzbehörde im Verfahren der Staatsanwaltschaft	2308
§ 402 Allgemeine Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2308
§ 403 Beteiligung der Finanzbehörde	2309
IV. Steuer- und Zollfahndung	2310
§ 404 Steuer- und Zollfahndung	2310
V. Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen	2318
§ 405 Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen	2318
3. Unterabschnitt. Gerichtliches Verfahren	2319
§ 406 Mitwirkung der Finanzbehörde im Strafbefehlsverfahren und im selbständigen Verfahren	2319
§ 407 Beteiligung der Finanzbehörde in sonstigen Fällen	2319
4. Unterabschnitt. Kosten des Verfahrens	2321
§ 408 Kosten des Verfahrens	2321
Vierter Abschnitt. Bußgeldverfahren	2322
<i>Vor § 409</i>	2322

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 409	Zuständige Verwaltungsbehörde	2323
§ 410	Ergänzende Vorschriften für das Bußgeldverfahren	2323
§ 411	Bußgeldverfahren gegen Rechtsanwälte, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer oder vereidigte Buchprüfer	2330
§ 412	Zustellung, Vollstreckung, Kosten	2331

**Neunter Teil
Schlussvorschriften**

§ 413	Einschränkung von Grundrechten	2333
§ 414	<i>gegenstandslos</i>	2333
§ 415	<i>(Inkrafttreten)</i>	2333

Anlage: Mustersatzung zu § 60

Sachverzeichnis

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG